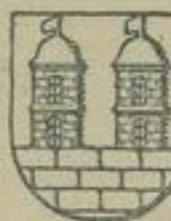


# Wilsdruffer Tageblatt

Früher: Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend



Fernruf Wilsdruff 6 / Postcheck Dresden 2640

Gebührt bis auf weiteres nur Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugsspreis bei Kunden aus dem Lande 120 Millionen, durch weitere Ausdrucker zugetragen in der Stadt 315 Millionen, andere Ausdrucker und Geschäftsstelle nehmen überregional Beziehungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rücknahme des Bezugsspreises.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen,

Angebotspreis: die 6 geplante Nummern zu Goldpfennig, die 3 geplante Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3 geplante Ausgabe im letzten Teil der Zeitung zu Goldpfennig. Aufstellungsgebühr 20 Goldpfennig. Vergleichbare Erziehungsausgabe u. Diskussionsblätter werden nach Möglichkeit durchgeführt. Anzeigenannahme bis vor dem 10. Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Nachrichten übernehmen wir keine Gewissheit. Jeder Anspruch trifft, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Rekurrenz geht.

des Amtsgerichts u. Stadtrats zu Wilsdruff, Forstamt Tharandt, Finanzamt Nossen.

Nr. 138 — 1923 — 82. Jahrgang.

Sonnabend / Sonntag 24./25. November

## Wochenrückblicke.

Dr. Seigner verhaftet. — Sozialmesser und Eiterbeule. — §§ 332 und 334. — Bußtagsgedanken. — Am Narrenseil der Führer. — Drachensaat. — Der Versuchte Massentritt. Ein neues Morgenrot.

"Dr. Seigner verhaftet!" — So meldete es in den Morgenstunden des 21. November, just an dem Tage, der tiefinnerster Einkehr und Buße gewidmet sein soll in deutschen Landen, die Zeitung. Drei Worte — kurz hinklatschend, aber geeignet, aus den tiefsten Gründen der Volksseele heraus ihr lausendes Echo wachzurütteln. Kurz im Ausdruck die Melbung selbst, inhaltsschwach aber in ihrer Bedeutung, gewolliger wohl in ihrer Auswirkung, weltenwendend vielleicht in ihren unausbleiblichen Nachwirkungen! — Den "Leipziger Neuesten Nachrichten" kommt das Verhältnis zu, das Sozialmesser an eine Eiterbeule gelehrt zu haben, die von ihrem gütigen Inhalt schon viel zu viel an den ehemals gesunden Organismus abgegeben hatte. Höchste Zeit war es, nun zum Sozialmesser zu greifen. Noch ist die Hoffnung nicht unberechtigt, daß sich der Gissherd auf die aufgestochene Beule lokalisierte läßt.

Soweit sich die Mitteilungen der „L.N.N.“ bestätigen — und wer wollte nach der nunmehr erfolgten Verhaftung Seigners daran noch zweifeln? —, konzentriert sich der Knäuel der gegen den gewesenen Justizminister und Ministerpräsidenten gerichteten Beschuldigungen im § 332 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich. Dieser lautet:

„Ein Beamter, welcher für eine Handlung, die eine Verleihung einer Amts- oder Dienstpflicht enthält, Geschenke oder andere Vorteile annimmt, fordert oder sich versprechen läßt, wird wegen Bestechung mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe ein.“

Inwieweit der § 334, der über die allgemeine Fassung „Beamter“ hinausgeht und den Richter besonders benennt, der den Schuldbaren gleichfalls mit Zuchthaus bedroht, heranziehen ist, bleibt abzuwarten. Daß des Gesetzes ganze Wucht ihn treffen wird, ist gewiß. Just am Bußtag erfolgte die Verhaftung. Bußtagsgedanken auch sind es, die der Seigner-Skandal zur Auslösung gebracht. „Bist du ein Meister in Israel und weißt das nicht?“ So mahnt die Heilige Schrift. Und an anderer Stelle: „So das geschieht am grünen Holz, was soll am dürren werden?“ Und: „Wer des Herrn Willen weiß und tut ihn nicht, der ist doppelter Streiche wert.“ Doppelter Streiche hat sich Dr. Seigner zu gewärtigen.

Am grünen Holz . . . Die Sozialdemokratie hat jahrzehntelang nach der Herrschaft gestrebt und hat dieses Strebens Ziel erreicht. Hunderttausende ihrer Anhänger haben sich Jahr um Jahr am Narrenseil der Führer gängeln lassen, immer in der Hoffnung, das verheilene „gelobte Land“ der Völkerabschöpfung und gegenseitigen Beglückung, das Land des süßen Rückschlusses, das Land des Wohlbedens mit eigenen Augen zu schauen. Ein Gemisch von blindwütiger Fanatismus, eitlen Strebern, harmlosen Phantasten, ruhigzitterigen Egoisten die Führer, durchsetzt auch von einzelnen, die an die alleinfeindmächtenden Wirkungen der Lehren ihrer Vorbeten glaubten. Ein Heer, ein unübersehbares, die Anhängerchaft prächtige Gestalten, fleißige, intelligente, willige, ordnungsliebende, sparsame Männer, eifrig bemüht, ihren Platz im Berufsleben, wie auch sonst im bürgerlichen und geselligen Leben der Menschen miteinander auszufüllen, — so fanden vor Jahrzehnten die Urheber und Verleiher des Gedankens der menschlichen Gleichmacherei den Boden vor, in den sie ihre Drachensaat versenken. „Heiliger Dorfchor“, „Hedung des Massenbewußtseins“, „Politische Schulung“ und vergleichbare waren die Vorwände, unter denen sie ihre volkszerstreuende Tätigkeit begannen. Zögern zuerst, dann willsfähiger werdend, wurde ihnen Gesellschaft geleistet. Die Massenflocke setzte ein und begrub unter ihrem Terror alle noch verbliebenen Zweifel an der Echtheit der empfangenen Weissungen im Gesäßsleden ganzer Volkschichten wie in jedem Einzelnen. Bis — die alte, im Aufbau zu innerer Festigung so wohlgeformte Welt unter den Neulenschlägen der Führer zerbrach. Der Krieg, der grausige, bot ihnen die willkommenen Gelegenheit, den Enterhaken da einzuschlagen, wo sich die klaffendsten Wunden zeigten. Wunden schlagen ist leichter denn Wunden heilen und Eintragen leichter als Ausbauen! Sie wollten ausbauen, — ihre, eine andere Welt! Und mußten doch so bald erkennen, daß dazu Handlungertum allein wohl am allerwenigsten ausreicht . . .

Ist aber der Seigner-Skandal der stinkschlechte Ausschluß dessen, was blindwütiger Fanatismus, in Einzelindividuen auf ganze Völker losgelassen, in seinen Folgen zu zeitigen vermag?

Die farblosen Stadträte sozialistischer Abstempelung in der Magdeburger Gegend, die zahlfreien Veruntreuungen sozialistischer Gewerkschaftsbeamten und Parteifunktionäre, die Rüpelneien sozialistischer Abgeordneter in den gemeindlichen und ländlichen Parlamenten bis in das Wallot-Gebäude in Berlin hinein — alles, alles sind Zeichen, die genugt haben sollten, zur Einkehr zu zwingen, noch bevor der Morgen des 21. November, dieses Bußtages, graute. Den steilen Weg zur Verdammnis, zu Schande und Schmach, in Elend und Not haben die Führer der roten Internationale das deutsche Volk

hinabgeführt. Ihnen folgten die Hunderttausende Kreisgeführt, Verblendete, willig, vertrauend, hoffend. Unter ihren drohenden Schritten haben Welten gezittert. Das Morgenrot der Ein- und Umkehr ist ihnen allen nun aufgegangen. Es wird ihnen den Weg zur Rückkehr hell erleuchten, zur Rückkehr zu geordneten Bahnen, zu ebenen Verhältnissen, zu Gesittung und Rechtschaffenheit. Wenn das Morgengrauen des 21. November 1923 seine aushellenden Strahlen in die Herzen derer hineinverkehrt hat, die durch willensloses Milieuertum auf der abschüssigen Bahn zu Korruption und Heilheit, zu Pflichtvergessenheit und niedrigster Gewinnsucht Sumpfblumen von der Art eines Dr. Seigner eine Bruststätte bereiten halfen, dann haben auch sie ihre Schrecken für uns verloren. Jupiter.

## Seeckt an der Arbeit!

Berlin, 23. Nov. (Telegraphische Originalmeldung.) Der Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, hat die Deutschnationalen Partei, die Kommunistische Partei Deutschlands und die Nationalsozialistische Partei für das ganze Reich verboten.

### Die Dresdner Volkszeitung verboten!

Dresden, 20. Nov. Vom Wehrkreisommando ging der „Dresdner Volkszeitung“ heute folgende Verfügung zu:

Die Herstellung und der Vertrieb der „Dresdner Volkszeitung“, Organ der Vereinigten Sozialdemokraten in Dresden, wird hiermit auf die Dauer von zehn Tagen verboten. Von diesem Verbot werden auch alle etwa unter einem anderen Namen oder in anderer Form erscheinenden Fortsetzungen dieser Zeitung, alle Kopf- und Erzählblätter umfassen. Zu widerhandlungen gegen das Verbot, der Anreiz oder die Aufforderung zu Zuiderhandlungen werden mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Goldmark bestraft.

### Der Zug nach rechts!

Danzig, 22. Nov. Die am letzten Sonntag hier stattgefundenen Parlamentswahlen brachten folgendes Ergebnis (die eingeklammerten Zahlen zeigen die vordem gehabte Zahl der Vertreter der einzelnen Parteien): Deutschnationale 7 (0), Deutschnationale 33 (33), Zentrum 16 (16), bürgerliche Wirtschaftsgruppen 12 (4), Demokraten 9 (22), Vereinigte Sozialdemokraten 28 (28), Kommunisten 11 (7), Polen 5 (7).

Bremen, 22. Nov. Auch in Bremen fanden am letzten Sonntag Neuwahlen statt. Auch sie zeigten den Zug nach rechts unverkennbar, wie die nachstehenden Angaben beweisen. Es erhielten Sitze: Deutschnationale 7 (0), Deutschnationale 12 (8), Deutsche Volkspartei 26 (30), Demokraten 16 (23), Zentrum 2 (2), Hausbesitzer 3 (0), Vereinigte Sozialdemokraten 36 (51), Kommunisten 18 (6).

### Verbilligung und Steigerung der Produktion dringendes Bedürfnis.

Essen, 20. Nov. Die Vertreter der Arbeitnehmerverbände des Bergbaus nehmen in einem Schreiben an den Becherverband zu den von diesem ausgesprochenen Forderungen

bisätzlich der Arbeitszeitverlängerung und der Änderung sonstiger Arbeitsbedingungen Stellung. Die Verbände sagen darin, daß sie sich nicht der Erkenntnis verschließen können, daß Verbilligung und Steigerung der Produktion bringendes Bedürfnis ist. Die Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitzeit lehnen sie jedoch einmütig ab mit Rücksicht auf den Ernährungszustand der Belegschaften, dann oder auch, weil die Absatzverhältnisse ungünstig seien.

### Was die Franzosen nach englischer Meinung beabsichtigen.

London, 20. Nov. Der Vertreter der „Times“ in Köln äußerte die Ansicht, daß die Franzosen die Arbeitslosen an Ruhr und Rhein verbünden lassen wollen, um dadurch die Unabhängigkeitserklärung des Rheinlandes zu ergreifen.

### Verbotene Böttcher-Versammlung.

Vom Dresdner Polizeipräsidium wurde auf Veranlassung des Militärbefehlshabers eine für Sonntag vom Landtagsabgeordneten Paul Böttcher angesehene Versammlung in Dresden verboten. Böttcher wollte über das geschmiedvolle Thema sprechen: „Können Hitler, Seestadt und Helleich Arbeit, Lohn und Brot bringen?“

### v. Röchke bei einer neuen Schießerei schwer verwundet.

Berlin, 20. Nov. Auf Peiner Gebiet im Bereich des Rittergutsbesitzers v. Röchke ist es in der vergangenen Nacht wiederum zu einer schweren Schießerei gekommen. Der junge Herr v. Röchke, der bekanntlich vor einiger Zeit wegen Körperverletzung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, weil er einen Holzsammler angegeschossen hatte, stieß in der Nacht zum Dienstag auf die beiden Arbeiter Kiebler und Körner aus Glindow, die im Peiner Forst angeblich Holz sammelten. Es kam zu einer Schießerei, wobei zuerst der Arbeiter Kiebler infolge eines Brustschusses zusammenbrach. Eine Stunde darauf fiel Röchke, der zu Pferde saß, ebenfalls schwer verwundet aus dem Sattel. Er hatte einen schweren Kopfschuss erhalten.

### Die Böttcherkonferenz entscheidet . . .

Paris, 21. Nov. Die Sitzung der Böttcherkonferenz war um 6.30 Uhr zu Ende. Es ist ein Einverständnis erzielt worden. Die für die deutsche Regierung bestimmten Noten werden noch heute abend veröffentlicht.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Als voraussichtlicher Nachfolger des verstorbenen Reichsbahnpräsidenten Havenstein wird andauernd der jetzige Währungscommis Dr. Schäffler genannt.

\* Nach der der deutschen Regierung übergebenen Note der Alliierten soll die Militärkontrolle in Deutschland am 1. Dezember wieder beginnen.

\* Eine Anzahl rheinischer Redakteure wurde vom französischen Militärpolizeiger zu Geldstrafen von 20 bis 40 Goldmark verurteilt, weil sie über angebliche Bedingungen des Generals Degoutte für die Arbeitsaufnahme berichtet hatten.

### Verhaftung Dr. Seigners

Auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts in Leipzig ist der frühere Ministerpräsident Dr. Seigner in Dresden verhaftet und dem Leipziger Untersuchungsgefängnis zu geführt worden. In der bekannten Anklagebotschaft gegen Seigner soll aber Verdunstungsgefahr vorliegen.

### Ein Landtagsantrag zum „Fall Seigner“.

Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei Dr. Kaiser, Bünger, Blüher und Anders haben den Antrag im Landtag eingereicht, zu beschließen:

1. einen Untersuchungsausschuß laut Artikel 21 der Verfassung zur Prüfung folgender Fragen einzurichten:
  - a) in welchen Fällen ist während der Amtstätigkeit des früheren Justizministers Dr. Seigner die Begnadigung oder Niederholzung in Strafsachen durch Gewährung persönlicher Vorzüglichkeit irgendwelcher Art beeinflußt oder belohnt worden;
  - b) welche Beamten haben bei solchen Begnadigungen und Niederholzungen mitgewirkt, um sie gewuht oder sie verantwortlich beschlossen?
2. Die Regierung zu beauftragen, die Strafanuntersuchung gegen den vormaligen Justizminister und Ministerpräsidenten Dr. Seigner auf seinen Fall einem politischen Staatsanwalt zu übertragen oder zu belassen, sondern durch den für den regelmäßigen Geschäftsgang zuständigen Staatsanwalt führen zu lassen, sowie weiter die Einrichtung der politischen Staatsanwälte überhaupt aufzuhören.

**Umformung der sächsischen Polizei.**  
Auf überparteilicher Grundlage.  
Der Militärbefehlshaber für Sachsen kündigte vor einiger Zeit eine Umstellung der sächsischen Landespolizei auf überparteiliche Grundlage an. Soeben ist eine ganze Reihe besonderer Beamter der Landespolizei bis auf weiteres ihres Dienstes entlassen worden. Darunter befindet sich der Polizeipräsident von Dresden, Mende, der Polizeimajor Ameissch und der kommunistische Polizeihaupmann Schneiderbach. Ferner sind aus der Landeszentrale der Polizei folgende Oberkommissare ihres Dienstes entlassen worden: Miersch, Dehmichen und Rudolf, in Chemnitz Regierungsrat und Zivilkommissar Westfältinger, außerdem je ein Zivilkommissar in Plauen, Zwönitz, Baunach und Aittau, drei in Leipzig.